

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Abrechnung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 2,25 Mark, vierteljährlich 6,75 Mark.

Volks-Zeitung

Ständesfünftägiger Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark.

Entschiedene Schulreform.

D. K. Wenn eine neue Geistesströmung im Leben eines Volkes zur Herrschaft gelangt, so machen sich ihre Auswirkungen immer zuerst auf dem Gebiet der Kunst und der Politik bemerkbar und gehen erst später das Bildungswesen und die Erziehung an.

Das Ziel der neuen Schule muß die persönliche Ausbildung des einzelnen Menschen sein, der dabei von früh auf an das Zusammenarbeiten mit den Personen seiner Umgebung gewöhnt werden muß.

Das ergibt zwei Grundregeln für die neue Pädagogik, die sich in zwei sehr alte Schlagworte fassen lassen: Berücksichtigung der Individualität des Kindes und der Berücksichtigung der Gemeinschaft des Kindes.

Viele der Reformen behaupten nun, daß die neue Pädagogik einzig und allein vom Kinde ausgehen und keine fremden Ziele in die Schule hineintragen werde; aber in ihren Vorberedungen liegt doch noch ein Moment, das eigentlich politischen Ursprungs ist und das im Grunde entscheidender Schulreformer ziemlich klar hervortritt.

Auf der Frankfurter Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer fanden diese Bestrebungen in vornehmender Weise Ausdruck. Besonders scharf wirkten die Ausführungen des Reichsleiters Herrmann August Spon über die Einwirkung und den Betrieb seiner Garmentarbeitsstätte.

Legate miteinander weitefieren können. Neben der geistigen Begabung kommt die körperliche Kraft zu ihrem Rechte und wird richtig eingeschätzt. Kein Schüler ist an seinen Platz gestellt, gleichsam von allen übrigen isoliert, wie es in der Klasse der Fall ist; sondern der Garten ist die gemeinsame Arbeitsstätte aller, die bei dieser Arbeit selbst in ein viel engeres Verhältnis zueinander treten, als es sonst der Fall sein könnte.

Briand über Oberschlesien.

Der „L.A.“ meldet, daß gestern nachmittag das Reichsarchiv in eine Sitzung abgehalten habe, in der insbesondere die obereschlesische Frage und die Entwarnung besprochen worden seien.

Die Arbeiten in den Reparationsangelegenheiten gehen in den beteiligten Ministerien in vollem Umfange weiter. Die Beratungen im Finanzministerium sind so weit gediehen, daß in dieser Woche die Aussprache mit Sachverständigen beginnen kann.

Die Lage in Oberschlesien.

Ueber die Lage in den schwerbedrohten Industriezentren im Zentralrevier lagen auch bis gestern abend zuverlässige Nachrichten vor. Im Kreis Rosenbergr wurde die Stadt Landsberg von den Deutschen besetzt. Die das Gebiet räumenden polnischen Banden haben die verbleibende Bevölkerung in die Häuser eingesperrt und abzurufen lassen.

Nach einer Meldung der „R. Z.“ fand in Oberschlesien eine Versammlung der Führer der politischen Parteien und Gewerkschaften des von den Injuranten nicht besetzten Oberschlesien statt. Nachdem die Versammlung einstimmig dem Leiter der Selbstschutzwache, General Förster, ihr Vertrauen ausgesprochen hatte, wählte sie einen Aktionsausschuß, der als Grundlage der gesamten Selbstschutzwache dienen soll und der sich aus Vertretern sämtlicher Parteien, der Gewerkschaften, des Reichsjustizministers und des Selbstschutzes zusammensetzt.

Mafnahmen in Sachsen.

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtages ergriff der Minister des Innern, Lipinski, das Wort zur Frage der Freiwilligen- und Wehrtransporte nach Oberschlesien und zu dem Vorkauf auf dem Dresdener Bahnhof, wo vor einigen Tagen ein Zusammenstoß zwischen Reisenden aus Bayern und dem Betriebsrats-Vorsitzenden stattgefunden hatte.

Englands Druck auf Frankreich.

„Manchester Guardian“ schreibt, die wirkliche Schutzeligkeit mit Frankreich sei nicht die Frage der Festlegung der Grenze Oberschlesiens, sondern die Frage, ob die Franzosen bereit seien, die Engländer bei der Durchführung dessen, was beschloffen worden sei, und bei der Unterdrückung der ungesetzlichen Aktion Korfantys zu unterstützen.

Mißhandlung eines englischen Offiziers.

Die Reuter-Veranstaltung, find hier Nachrichten eingegangen, wonach die polnischen Injuranten den Major Powell, einen englischen Offizier, der bei der Interalliierten Kommission für Oberschlesien tätig ist, festgenommen haben.

Eine französische Warnung an Italien.

Abgeordneter Léon Blum schreibt im „Capitaine“, die große französische Presse übertriebene und heuchlerische Nachrichten aus Oberschlesien aus. An was man vor aller Dingen erinnern müsse, sei, daß das neue deutsche Ministerium keine direkte Verantwortung für die obereschlesischen Ereignisse trage, daß es mit aller Gewalt den Anrager Lord Georges überhandeln habe und daß es also augenscheinlich nicht mehr Entgegenkommen gegenüber den Freiwilligen und Wehrwilligen gezeigt habe.

nächsten Tagung des Obersten Rates

eingeladen werden. Der Grund ist der, daß Belgien niemals Vollmitglied des Obersten Rates war. Die Tatsache, daß die Zulassung Belgiens zu den kommenden Beratungen über Oberschlesien nicht erörtert wird, beweist, wie scharf der Gegensatz zwischen England und Frankreich ist.

Warschau von neuem in Opposition.

Nach einem Telegramm des „Excellor“ aus Warschau hat der polnische Minister des Innern, Fürst Sapieha, sein Ministerkabinett zurückgezogen, nachdem er vom Ministerpräsidenten sächsische Zusicherungen darüber erlangt hat, daß der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sich dem Minister wegen der Ausdrucksfindungen entschuldigen müsse, die der Ausschuss ihm gegenüber vorgebracht habe, oder aber, daß er zurücktreten müsse, ferner, daß der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Bilski, trotz der Aufforderung der italienischen Regierung im Amt bleibe.

Die Entwaffnungsfrage.

Eine Reutermitteilung weist darauf hin, daß wenn die deutsche Antwort wegen der Ausführung der Entwaffnungsbedingungen auch erst am 31. Mai fällt, doch energig betont werden müsse, daß eine Verzögerung seitens Bayerns

In der Erfüllung der deutschen Verpflichtung von den Alliierten nicht gebühdert werden. Wie verlautet, hat ein geltend gemachter Antrag der Entnazifizierungsausschüsse, die von der Weimarer Regierung als einseitig und ungesetzlich angesehen werden, heute vorzeitig in der Sitzung der Koalitionsparlamenten sich in der Frage mit dem Ministerpräsidenten besprochen.

Die parteiologische Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt zur Einwohnerverweigerung: Entnazifizierungsausschüsse: Wie wir hören, fanden im Laufe des 23. Mai bei der Landesleitung der Einwohnerverweigerung wichtige Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften statt. Es wurde die Möglichkeit erwogen, daß bei diesen Besprechungen die allgemeine politische Lage von der Leitung der Einwohnerverweigerung hergeleitet wird. Die Einwohnerverweigerung ist wiederholt zurückgewiesen, selbständige und unabhängige Ziele zu verfolgen. Bei aller berechtigten Wahrung der Freiheiten und Selbständigkeiten, die der Einwohnerverweigerung als privatem Bereich zugebilligt werden müssen, hat die verantwortliche Leitung jederzeit Wert auf die Festhaltung gelegt, daß die Einwohnerverweigerung ausschließlich Hilfsorgan der versicherungsmäßigen Staatstätigkeit ist, der allein die Festlegung der Staatspolitik zusteht. Trotz dieser grundsätzlichen Beschränkung, die selbstverständlich ist, nicht oft genug ausgesprochen werden kann, ist die politische Verantwortung für die Einwohnerverweigerung immer noch eine sehr große, denn von ihrer Autorität, von ihrem Gehalt und ihrer politischen Einwirkung wird es abhängen, ob die durch die politischen Verantwortlichen aufgewungenen Entschlüsse ohne allzu große Reibungen und vor allem ohne eine folgenschwerere Erregung im Lande durchgeführt werden können. Aus diesem Grund ist den heutigen Besprechungen bei der Einwohnerverweigerung die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Kurz demnach ist der Abendausgabe die Frage, ob die Besprechungen über die Entnazifizierung verhandelt worden sei. Die Besprechungen hätten lediglich den Zweck gehabt, ein genaues Bild der Stimmung im Lande zu schaffen.

Betriebsstilllegungen.

Durch den Ausfall der obersteilischen Kohle hat sich die gegenwärtig für die Lieferungen an die Entente und zum Verbrauch für die deutsche Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Kohlenmenge im Vergleich zu der Menge des Monats März etwa um 25 Prozent verringert. Sollte sich diese Einbuße von einem Viertel des gesamten deutschen Kohlenquantums auch nur auf kürzere Zeit ausdehnen, so würde das unbedingt zur schwersten Katastrophe unseres Wirtschaftslebens führen.

Die gesamten Elbinger Schiffsarbeiter sind am Montag mittags 12 Uhr stillgelegt worden. Am Freitag hatten größere Anmählungen vor dem Verwaltungsgebäude stattgefunden, in deren Folge die Besprechungen aussetzten. Die Leitung der Schiffsarbeiter hatte in diesen Kundgebungen Drohungen und ungeschieke Gewaltmaßnahmen erlitten. Sie hatte infolgedessen an ihre Arbeiterschaft eine strenge Warnung zur Wiederholung solcher Kundgebungen erlassen. Die Reichsregierung lehnt sich gegen dieses Verbot auf. Da sie von ihrer Ansicht nicht abzurücken waren und weitere Maßnahmen sich vorbereiteten, antwortete die Verwaltung darauf mit der Stilllegung der gesamten Werke. Die Stilllegung kam so plötzlich, daß die Arbeiterhaft im allgemeinen gänzlich überfallen wurde.

Die Firma Benz in Mannheim will am 1. Juni einen Teil ihres Betriebes stilllegen, wodurch etwa tausend Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden. Die Firma Lang in Mannheim den Betrieb der Luftschiffwerft still.

Landtagsabgeordneter Arnold und Genossen (Soz.) haben im Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: Die Firma Benz in Mannheim beschäftigt am 1. Juni 1921 einen Teil ihres Betriebes, das alte Werk stillzulegen. Durch diese Maßnahme werden etwa tausend Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Gleichzeitig will die Firma Lang in Mannheim den Betrieb der Luftschiffwerft still. Was gegen die Regierung zu tun, um die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit im Mannheimer Industriebezirk zu unterbinden? Was die Firma Lang anbelangt, so wurde bei der Aufhebung von 44 Millionen neuer Aktien der Gesellschaft zur Notierung an der Börse behauptet, daß der Aufstoss bestand befriedigend und die Umsätze im Steigen begriffen seien.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Donnerstag, 26. Mai. Inhalt: Seine Konkurrentin. Roman von Fritz Ganser. — Anknüpfen. Gedicht von Richard Lohmann. — Film. Von Werner Schumann. — Von den Frauen. Von Ernst Krause. — Die Auffassung Schwärze. Von Ernst Krause. — Edward Gräber. — Zeitkritiken.

Im Lunapark.

Von Margarete Heilmann.

(Nachdruck verboten.)

Dieser Tage ist der Lunapark wieder eröffnet worden. Die Sonne strahlte, oder doch nie ist ein Streif so kläglich zusammengebrochen wie dieser. Ohne sich um kalte Tage, um stürmenden Regen zu kümmern, legte der Lunapark sich durch. Er ließ Doppeltrollen in blau-gelb-rot erklingen. Selbstbewußt schrie er helle Töne in die graue Luft, und wieder ist es ihm gelungen, die Berliner zu locken und zu fesseln. Das wird ihm gar nicht so leicht gemacht: denn die Konkurrenz ist groß, und ganz Berlin macht auf Fremde eigentlich den Eindruck eines einzigen Besichtigungsorts mit vielen Eingängen. Es gibt Straßen, in denen man an jedem dritten Haus Anpreisungen findet für Attraktionen, Eisenbahn, Maschinen, — es wimmelt von Varietés, Kabarets, Kleinkunstbühnen, Ainos, Und überall willt: Weigen klingen, Klavier-spieler trommeln, Saiten werden gezupft. Als ob die Lustige aller Zeiten angebrochen wäre! Der ist diese Lustigkeit nur darüber? Bloß eine salbeige Lustigkeit? Wie das Wort „Lustig“ etwas ganz anderes bedeutet als einen harmlosen Gang, der in Rhythmus geteilt ist, in denen stierliche Tische und Stühle von stark verklärten Lampen hellgelb beleuchtet werden. Der Lunapark will seine Verklärung. In hellen, findlichen Zonen fordert er zur Lustigkeit auf, und ist finden, daß er besser wirkt als im vorigen Jahre. Auch die Auflagen zur Lustigkeit wollen nicht wie damals Barocke auf Ausblick sein (dazu waren sie zu langsam), sondern es sind sehr bunte Flächen, harmlos wie das Vergnügen an der Luft.

Der „Kriegsverbrecher“ Heynen vor dem Reichsgericht.

Am Dienstag wurde die Verhandlung fortgesetzt. Die Zeugnisaussagen ergaben nichts wesentlich Neues. Latzke bleibt, daß die englischen Gefangenen sich gemeinsam weigerten haben, in dem Bergort zu arbeiten unter der Begründung, daß sie dort gewissermaßen gegen ihr Vaterland arbeiten müßten. Der Angeklagte habe sie dann zur Arbeit gebrängt, gefesselt und mit dem Gewehr bedroht. Eine große Rolle spielt der Fall des Soldaten Croß, der, obwohl er gefesselt war, von dem Angeklagten mißhandelt und eine Stunde lang unter warmer und kalter Duldung gehalten worden sein soll, so daß sein Gesicht weißlich wurde. Der Fall wird dadurch erweitert, daß die Geisteskrankheit des Croß sich später verflücht hat und er dann gestorben ist. Dieser jetzt in den Mittelpunkt gerückt hat aber bei der früheren kriegsgerichtlichen Verhandlung eine ganz nebenläufige Rolle gespielt. Croß selbst hat ihn nur kurz erwähnt und damals ausgesagt, er sei einmal nadend unter eine kalte Duldung gehalten worden, das war sehr unangenehm. Zeuge Baeder behauptet, der Angeklagte sei über alle Maßen streng gewesen und habe täglich jemanden mißhandelt. Aus der früheren Vernehmung geht aber hervor, daß Baeder nach der kriegsgerichtlichen Verhandlung, in der Heynen zu 14 Tagen Mittelhaft verurteilt wurde, dem Dolmetscher Rademacher gesagt habe, die Strafe sei viel zu hoch. Weilmehr habe sie der getrennt vernommenen Zeuge Jones verdient. Rademacher will sich Baeder der damaligen Aussage, die für den Angeklagten noch günstig ist, nicht mehr entkommen, auch nachdem er Rademacher gegenübergestellt wird. Nebenfalls hat die Verhandlung bisher nicht den Eindruck erregt, daß Heynen das ist, was man unter einem „Kriegsverbrecher“ verstehen könnte. Er war Vorgesetzter eines großen Gefangenenlagers. Die Gefangenen verweigerten den Gehorsam und den Dienst und reizten ihn dadurch auf. Daß er sie gepöfft, gefesselt und gefoltert hat, scheint erwiehen zu sein. Das hat aber auch schon die früher stattgefundene kriegsgerichtliche Verhandlung klargestellt. Die ihm vorgeworfenen Vergehen beruhen im ganzen wohl auf dem militärischen System und sind schließlich Vorgänge, wie sie in den Katernen der ganzen Welt vorkommen. Der Zuhörerraum hat sich seit gestern nachmittag ihn mehr und mehr geleert, besonders scheinen die ausländischen Bericht-erstattet wenig Interesse mehr zu haben.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Lagerverwalter Heinrich Wauer aus Weigels bei Ebersbach vernommen, der als Wachposten im Lager diente. Der Zeuge stellt den Angeklagten als einen Mann hin, der, obwohl er es nicht nötig hatte, unermüdlich Dienst tat, aber doch nicht ganz Herr seiner Erregung war. Der Zeuge hat mehrere Mißhandlungen des Angeklagten an Gefangenen selbst beobachtet und er hat schließlich mit anderen Kameraden den Angeklagten bei seinem Vorgehen zur Anzeige gebracht. Gerecht hätten die Gefangenen den Interzivilen mehrere Male. U. a. hätten die Gefangenen, die sehr gut von Haus aus Zuhilfen zur Verpflegung erhielten, die empfangene Lebensmittel an den Zuhilfen geworfen, so daß sie dort fliehen blieb. Ob dies geschehen sei, um den Angeklagten direkt zu ärgern, könne er nicht sagen. Einen Sock und einen Revolver hätte der Angeklagte nicht beiseite.

Der nächste Zeuge, Schuhmacher Karl Krize aus Upphals, bestätigt, daß die Gefangenen, als sie zur Arbeit in das Bergwerk geführt wurden, unwillig waren. Er schildert den Angeklagten als rauh, was selbst den deutschen Mannschaften angefallen sei. Oberleutnant Wilhelm Haupt aus Herne, Beamter der Jäger „Friedrich der Große“, sagt aus, daß, als die Gefangenen den Aumarisch verweigerten, zur Zeuge telephoniert wurde und mehrere Beamte herbeieilten. Sie sahen, wie der Angeklagte in entschlossener, militärischer Ton die Gefangenen aufgeföhrt habe, die Arbeit aufzunehmen. Auch der Steiger Ernst Wallberg aus Herne bestätigt diese Darstellung. Davon, daß durch zivile Bergarbeiter die Gefangenen schledt behandelt worden sind, weiß der Zeuge nichts. Beschwerden hat niemals an ihn gelangt. Auch der Fabrikarbeiter Heinrich Eisele aus Herne gibt an, daß ein Teil der Gefangenen nicht in den Schacht wollte. Heynen hätte daraufhin „wie auf dem Erzterplatz“ die Gefangenen angefahren.

Ein weiterer Zeuge ist der Sanitätsrat Dr. Wilhelm Krause aus Herne, der Kranpfachtsarzt der Jäger 5. Der Arzt hat die ärztliche Behandlung der Gefangenen in Händen gehabt. Die Krankmeldungen seien überaus zahl-

reich gewesen, die Gefangenen waren gut ernährt und in gutem Gesundheitszustand. Wenn der Arzt im Lager anwesend war, waren die Krankmeldungen gering, als sie aber in die Wohnung des Arztes gebracht werden sollten, wurden es täglich Truppen von 30 bis 40 Mann. Ueber den Fall Croß berichtet der Zeuge: Medizinisch sei es völlig ausgeschlossen, daß ein bisher Gefundener nur durch die Einwirkung einer Duldung gestirnt werde. Er könne nur erregt werden, das gebe aber vorüber.

Maschinenmeister Wilhelm Horstmann-Herne gibt an, daß der Interzivilen Heynen als erster Ordnung unter den Gefangenen gefesselt habe. Von Mißhandlungen hat er, der Zeuge, nichts gehört.

Am 25. Mai. (Drahtnachricht.) Im Prozeß Heynen beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gesamtsstrafe von zwei Jahren Gefängnis.

Eine mysteriöse Verhaftung.

(Von unserem Weimarer Mitarbeiter.)

Das Ministerium des Innern der Thüringischen Landesregierung ließ heute (24. Mai) erfahren über die Verhaftung eines Angehörigen eines alten thüringischen Uebersiedlungsbeamten, die mir mit allem Vorbehalt aber formenlos mitzuteilen, da die Angelegenheit bereits die ordentlichen Gerichte beschäftigt. Es heißt in der Veröffentlichung: Am 20. Mai wurde in Weimar auf Antrag des Thüringer Ministeriums des Innern der Hauptmann a. D. Wolf v. Werber, z. Z. wohnhaft in Friedricgstr. 11, durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen. Herr v. Werber hatte an eine im Auslande wohnhafte Freundin, die Baronin K., einen von der Volkshilfsorganisation gezeichneten Brief gerichtet, in welchem folgende Stelle vorkam: „Ich bleibe vorläufig hier. Ich bekam von unserer Organisation zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wiedergefunden habe. Mit dem Geld habe ich ein Auto, ein Film, der mir viel Spaß gemacht hat. Meine Ausgabe in R. ist vollendet. Ich habe einige Anträge, die ich zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen.“ Der Reichsstaatsminister für die Entnazifizierung in Berlin hatte diese Briefstelle nach hier mit der Bitte um Unterzeichnung der Angelegenheit übermietet. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat Herr v. Werber u. a. erklärt: er sei Mitglied der Orde und für diese in der Provinz Hannover ca. ein halbes Jahr tätig gewesen. Von einer Waffenlieferung sei ihm etwas bekannt, er habe dieselbe jedoch nicht selbst ausgeführt. Ein in einem Dorf der Provinz Hannover bereits beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Volkshilfsorganisation angehörten, unter Aufsicht eines Reichswehrreformierten und mit Hilfe von Studenten der Volkshilfsorganisation wieder entführt und einer besetzten Geheimverbindung, seines Ministers in Hannover, ausgehändigt worden. Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit bzw. schon ihr Vorhaben vor der Auslieferung im Hotel Bristol in Hannover erzählt. Herr v. Werber hat weiter Mitteilungen gemacht, die weitest Kreise interessieren dürften. Er gab an, daß solche Waffenlieferungen geheimer Organisationen nach seiner Kenntnis häufig vorkommen. Die Verantwortlichen solcher Waffenlieferungen stellen in der Regel unter falschem Namen. Auch in dem mitgeteilten Falle hätten die betreffenden Offiziere falsche Namen beigelegt. Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Werber mit seiner Teilnahme an der betreffenden Waffenlieferung nicht einverstanden sein. Er habe sich aber nicht an der Lieferung beteiligt. Herr v. Werber erzählt noch, daß die Orde in Hannover über eine große Waffenlieferung, die der Orde und den ihr verbundenen Organisationen im Bedarfsfälle zur Verfügung stünde. Bei der Gründung von Notarorganisationen der Orde seien die Mitglieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden. In seiner Vernehmung sagte er ferner aus, daß er sich mit der Wächter getragen habe, in alternativer Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, schon mehrere tausend Offiziere der Orde verammelt seien. Eine Haftbeweise des Herrn v. Werber wurde dem zur zuständigen Strafammer des Landgerichts Weimar beigelegt. Er wird der für seinen Wohnort zuständigen Strafammer in Gotha zugewiesen werden. In dem Briefe, den die Angelegenheit hervor, offenbar jenseitig hätte sich der „Vertrauensmann“ einer Organisation — mag die

Aber das gute Tier dachte an gar keinen Handbier, sondern es holte einen Pötel, auf dem „Biere“ stand, und hielt ihn mir mit der Schanze hin. Auf die Frage, was ich auf dem Kopf trug, antwortete der Hund genau so prompt mit „Hut“. Schon verblüfft war ich aber, wie rasch er Zahlen ausrechnen konnte, die ich mit drei Würfeln geworfen hatte. Ich muß ja gestehen, daß ich die Möglichkeit der Summe nicht kontrollierte, weil ich sehr schledt addiere und durch jahrelange Übung mehr im Subtrahieren leiste. Von dem klugen Hund wollte ich zum Drafel, das im vorigen Sommer „auf wissenschaftlicher Basis“ aus der Handfläche Aufführungen über Charaktere gegeben hat: Ich hätte gern gewußt, ob ich dieselbe geliehen hin. Aber leider resistiert das Drafel nicht mehr im Lunapark.

Wenig verändert hat sich das Baderische Dorf. Es wird immer noch da bei Bier und „Kroger“ Schinken geobelt. Aber es ist diesmal ein kleines Biered abgegrenzt, in dem getanzt wird. Kein Schuhplattler, nein: moderne Tänze. Und die Berliner Mädel sind unermüdlich. Denn mehrbaldigerweise wird hierfür kein Extratouren verlangt wie beim Tanze im Luna-Palast und bei den anderen Attraktionen.

Abends um neun Uhr streut das Publikum nach den Terrassen, von wo man mit Wein, bei Bier oder auch nützlichem bewandern kann. In der ersten Reihe der Turnplattler. Während sie über das hübsche Spiel gleiten, halten sie Feuerwerkskörper an langen Stangen. Silberne und goldene Strahlen umgeben sie. Dann steigen Raketen auf. Ein Schützengott von roten und grünen Kisten fällt langsam. Weiße Bomben bündel schweben in der Luft, funkende Sonnen spiegeln sich im Wasser. Hirschend läuft eine Feuerkugel in rautenförmiger Schnellheit über den Köpfen der Zuschauer hin und zurück. Und zuguterletzt risselt unfischer ein buntes Räder hoch oben auf einem Draht, spielt vorn und hinten Feuer, schrumpft lächerlich zusammen und verfliegt.

Dieses Feuerwerk, das von Jahr zu Jahr phantastischer wird, muß ungeheuer viel kosten. Aber der Lunapark hat auch täglich enorme Einnahmen. Da ist z. B. der Ufersee, der in jeder Minute für die Hundstunde (durchschnittlich 25 Personen) ca. 60 Mark einbringt. Das wären in sechs Stunden ungefähr 36000 Mark. Was aber täglich im Luna-